

Reform der Rente nicht ohne Reform unserer Investitionskultur

Zukunftsdepot als neues Instrument für den Vermögensaufbau

Christian Doleschal

Das umlagefinanzierte Modell allein kann ausreichende Renten im Alter für alle nicht mehr gewährleisten. Darum ist der Umstieg auf die betriebliche und die private Altersvorsorge unerlässlich. Das Zukunftsdepot als Ergänzung wäre eine Win-Win-Maßnahme für alle.

Eine breite gesellschaftliche Debatte über die Herausforderungen und mögliche Reformansätze des Rentensystems ist notwendig. Dabei darf nicht außer Acht gelassen werden, dass wir eine neue Investitionskultur brauchen. Die private Altersvorsorge durch Investitionen auf dem Kapitalmarkt muss in der Rente der Zukunft zwingend mitbedacht werden. Dazu schlage ich ein Zukunftsdepot vor, das der Staat für jeden jungen Menschen einrichtet und den Einstieg in den Vermögensaufbau sowie in die kapitalgedeckte Altersvorsorge vereinfacht.

Herausforderungen für die Rente und unsere Wirtschaft

Nicht erst in ferner Zukunft kommen auf die Alterssicherung in der Bundesrepublik Deutschland große Herausforderungen zu, wir haben sie bereits. Rund 100 Milliarden Euro steuert der Bund jährlich aus seinem Haushalt zur Finanzierung der Renten bei, Tendenz steigend. Aufgrund des demografischen Wandels kommen auf weniger werdende Beitragszahler perspektivisch immer höhere Belastungen zu, erst recht wenn die geburtenstarken Jahrgänge verstärkt in den Ruhestand gehen werden.¹ Trotzdem dürfen wir als CSU nicht an der generationenübergreifenden Solidarität rütteln,

denn: Lebensleistung muss sich lohnen. Wer sein Leben lang gearbeitet hat, soll auch im Alter ein gutes Leben haben. An diesem Grundsatz halte ich fest.

Nichtsdestotrotz wäre business as usual der falsche Weg, schließlich würde das den in der Rente seit Jahrzehnten bestehenden Generationenvertrag einseitig aufkündigen. Wenn wir keinerlei Reformen am umlagefinanzierten Rentensystem zulassen oder die betriebliche und private Altersvorsorge nicht stärken, dann müssten die Ausgaben für mehr Rentner allein auf immer weniger werdenden Schultern von Beitragszahlern aufgebürdet werden. Dieses Ungleichgewicht wäre unverhältnismäßig.

Vor dem Hintergrund der aktuell schwächelnden deutschen Wirtschaft könnte das sogar eine folgenschwere Kettenreaktion auslösen: Wenn die Rentenbeiträge überproportional stark ansteigen, fehlt dieses Geld der jungen Generation für weitere Investitionen. Gerade diese sind dringend notwendig, wenn wir unseren Wohlstand und den Industriestandort Deutschland erhalten und unsere Wettbewerbsfähigkeit nicht noch weiter schmälern wollen. Signifikante wirtschaftliche Folgen könnten die Folge sein, gerade in den heutigen Zeiten von Fach- und Arbeitskräftemangel, vergleichsweise hohen Arbeitskosten sowie ohnehin zunehmenden Investitionsströmen ins Ausland.² Und wenn die Wirtschaft erst strauchelt, gehen aufgrund geringerer Unternehmensgewinne auch die Löhne zurück und damit sinken die Einnahmen aus den Rentenbeiträgen – alles hängt mit allem zusammen, darum müssen wir handeln.

(Lebens-)Leistung muss sich lohnen

Wie sich vergangene Lebensleistung lohnen muss, gilt genauso: Es muss sich lohnen, auch heute und in Zukunft noch Leistung zu erbringen. Die junge Generation soll nicht das Gefühl bekommen, dass sie sich selbst nichts mehr erwirtschaften kann. Deutschland braucht dringend wieder einen ökonomischen Aufschwung und da sind unverhältnismäßig steigende Abgabenbelastungen nicht die Lösung aller Probleme. Aus diesem Grund sind Anpassungen in der gesetzlichen Rentenversicherung und in der betrieblichen Altersversorgung notwendig. Gerechtigkeit muss dabei das Leitprinzip sein.

Es muss sichergestellt werden, dass derjenige, der sein Leben lang gearbeitet und Rentenbeiträge bezahlt hat, eine deutlich höhere Rente hat als jemand, der weniger gearbeitet beziehungsweise weniger Beiträge einbezahlt hat. Der Abstand zwischen der Grundsicherung und all denen, die beruflich tätig waren, muss deutlicher ausfallen. Ein Renteneintritt nach 45 Beitragsjahren sollte grundsätzlich möglich bleiben, wobei die Abschläge für einen verfrühten Renteneintritt steigen müssten. Allerdings sollten wir freiwilliges Weiterarbeiten so attraktiv wie möglich machen: Das kann gelingen durch spürbare steuerliche Entlastungen und wenn wir die Kürzung von Pensionen bei Aufnahme einer Beschäftigung im Alter streichen. Unsere Unternehmen sind über jeden dankbar, der im Alter noch arbeiten kann und möchte – wer das nicht will oder kann, darf aber keine Nachteile haben.

Nicht zuletzt wäre es wünschenswert, wenn jeder Beschäftigte die Möglichkeit zum Bezug einer Betriebsrente hätte. Hier könnte der Staat ein Standardprodukt anbieten, das auch für kleine und mittlere Betriebe eine unbürokratische Lösung wäre.

Mehr private Altersvorsorge

Unterschätzt wird nach wie vor die private Altersvorsorge. Wir sollten sie viel stärker in das Rentenkonzept der Zukunft einbeziehen. Schließlich sorgt diese Säule für nichts anderes als Vermögensaufbau. Dabei handelt es sich nicht nur um eine sinnvolle Ergänzung der gesetzlichen Regelversicherung – sie sollte gleichbedeutend genutzt werden. Doch die Realität sieht anders aus: Laut einer Erhebung hatten in Deutschland im Jahr 2021 lediglich 9,71 Millionen Menschen eine private Altersvorsorge im Haushalt.³ Auch haben laut Angaben des Deutschen Aktieninstituts im Jahr 2023 nur 17,6 Prozent ab 14 Jahren in Aktien, kapitalmarktgebundenen Fonds oder Exchange Traded Funds (ETFs) investiert, das ist lediglich gut jeder sechste Bundesbürger.⁴ Unabhängig davon, dass ohnehin wohl nicht alle Aktienkäufer unmittelbar das Ziel der Altersvorsorge verfolgen: Wir sind weit davon entfernt, von einer weitläufigen Nutzung der privaten Altersvorsorge zu sprechen.

Dazu kommt erschwerend, dass in Deutschland EU-weit die meisten Menschen nicht in ihrem Eigentum wohnen. Über die Hälfte aller bundes-

deutschen Haushalte zahlt monatlich Miete, in der ganzen Europäischen Union tun dies nur 31 Prozent.⁵ Wer in den eigenen vier Wänden lebt, spart sich natürlich im Alter die Mietausgaben. Im Zweifelsfall kann Eigentum auch veräußert werden, sollte beispielsweise am Lebensabend für das eigene Haus kein Bedarf mehr bestehen und die eigenen Kinder weggezogen sein. Aber Wohneigentum kommt in der aktuellen Lage sowieso nur für Gutverdienende infrage, nicht zuletzt weil die durchschnittlichen Immobilienpreise seit Langem massiv steigen.⁶ Deswegen kann auch das nicht die Lösung sein. Doch die geringe Eigentumsquote und die niedrigen Aktionärszahlen in Deutschland zeigen schlicht, dass viel zu wenig Menschen ernsthaft privat vorsorgen. Darum brauchen wir eine Reform unserer privaten Investitionskultur! Als Gesellschaft sollten wir private Investitionen auf den Märkten viel mehr als festen Bestandteil der Altersvorsorge verstehen und sinnvoll nutzen.

Zukunftsdepot zur niedrigschwelligen privaten Altersvorsorge

Unsere zurückhaltende Investitionskultur privater Haushalte lässt sich nicht per Knopfdruck verändern. Doch der Staat kann smarte Anreize setzen, um den Einstieg in private Investitionen zu erleichtern und ganz nebenbei Finanzwissen vermitteln. Dazu schlage ich ein Zukunftsdepot vor: Das wäre ein staatlich zur Verfügung gestelltes Instrument, das Investitionen auf den Kapitalmärkten nicht nur ermöglicht, sondern fördert. Ein solches Depot sollte für jedes Kind ab einem gewissen Alter oder schon von Geburt an zur Verfügung gestellt werden. Dabei investiert der Staat monatlich einen gewissen Betrag bis zum 18. Geburtstag. Dieses Geld wird auf dem Kapitalmarkt angelegt, wobei zwischen den Investitionsoptionen in ETFs, anderen Aktienfonds oder auch Staatsanleihen individuell entschieden werden kann.

Dabei gilt bis zum Renteneintritt eine Verkaufssperre aller Papiere, die durch die monatlichen Staatszuschüsse erworben wurden – so kann sichergestellt werden, dass das erwirtschaftete Geld zielgerichtet zur Altersvorsorge eingesetzt wird. Gleichzeitig kann der Staat nicht unmittelbar über diese Finanzen verfügen, weil sie in das Eigentum des Einzelnen übergehen sollen. Ange-

nommen, Staat und Eltern würden für ein Kind von 0 bis 18 Jahren monatlich insgesamt 100 Euro in ein solches Zukunftsdepot legen: Nach 18 Jahren wären dann eben nicht nur 21.800 Euro, sondern bei der Investition etwa in den landläufig bekannten ETF des MSCI-World-Index bereits 30.000 Euro auf dem Depot – inflationsbereinigt und bei konservativer Schätzung sowie unter Annahme einer durchschnittlichen ETF-Rendite und bei Berücksichtigung von ETF-Gebühren. Auch wenn danach weitere 45 Jahre lang nichts mehr in das Zukunftsdepot eingezahlt werden würde, könnten es nach dieser Zeit – ebenfalls inflationsbereinigt und nach Annahme durchschnittlicher Renditen und Gebühren – schon 320.000 Euro sein.

Solange die Ausschüttungen aus dem Zukunftsdepot nur für die Rente verwendet werden, könnte man zudem über gewisse Erleichterungen bei den dann fälligen Steuern und Abgaben nachdenken. Um blinde „Zockerei“ auf den Aktienmärkten handelt es sich im Übrigen keinesfalls, gerade ETFs haben den Ruf, bei vergleichsweise geringen Anlagegebühren langfristig stabile Renditen zu versprechen.⁷ In jedem Fall stellt das Zukunftsdepot eine lukrative Ergänzung zur öffentlich-rechtlichen Altersversorgung dar – dank Zinseszinsseffekten, die sich über das ganze Leben hinweg entfalten können.

Win-Win für alle

Die Vorteile liegen auf der Hand: Das Zukunftsdepot erleichtert den Einstieg in die private Altersvorsorge, es setzt damit schon bei der Geburt eines jeden Kindes den Grundstein. Ähnlich wie bei Neobrokern sollen die Eltern und später das erwachsene Kind mittels App sehen können, wie sich der Vermögensaufbau über die Jahre hinweg entwickelt. Selbst der größte Skeptiker von Kapitalmärkten würde so sehen, dass sich privater Vermögensaufbau lohnt und den Zinseszinsseffekt am eigenen Geldzuwachs erleben. Das könnte ein Umdenken in der Investitionskultur bewirken und so mehr Menschen von privater Altersvorsorge überzeugen! Dabei trägt im Falle des Zukunftsdepots der Einzelne kein Risiko, weil es sich um rein staatlich geförderte Investitionen handelt. Trotzdem sollte es für Eltern niedrigschwellig möglich sein, zusätzlich eigenes Geld einzuzahlen. Sobald das Kind erwerbstätig wird, sollte ferner eine un-

bürokratische Entgeltumwandlung möglich sein. Die beschriebenen positiven Effekte würden jedem später zugutekommen. Insgesamt könnte das ein wichtiger Baustein sein, um sowohl die individuelle Rente als auch das gesamte Altersvorsorgesystem in Deutschland zu stabilisieren.

Wie erwähnt: An guten Renten durch die gesetzliche Rentenversicherung darf nicht gerüttelt werden. Wer sein Leben lang gearbeitet hat, soll diese Lebensleistung anerkannt bekommen. Weil das umlagefinanzierte Modell allein das auf Dauer nicht mehr leisten kann, müssen wir die betriebliche Altersversorgung und die private Altersvorsorge stärken. Das Zukunftsdepot als Ergänzung wäre ein Win-Win für alle: Schließlich erhöht es die Rente eines jeden neugeborenen Kindes in Deutschland und könnte obendrein ein Umdenken bewirken, wie wir als Gesellschaft über Vermögensaufbau an den Kapitalmärkten denken.



Christian Doleschal, MdEP

ist Rechtsanwalt und seit 2019 Abgeordneter im Europäischen Parlament. Dort ist er stellvertretender Vorsitzender des Binnenmarktausschusses sowie Mitglied in den Ausschüssen für Regionalentwicklung und für konstitutionelle Fragen. Darüber hinaus ist er seit 2019 Landesvorsitzender der Jungen Union Bayern und seit 2021 Co-Vorsitzender der CSU-Rentenkommission.

Anmerkungen:

- 1 Vgl. <https://www.bmas.de/DE/Soziales/Rente-und-Altersvorsorge/Fakten-zur-Rente/Gesetzliche-Rentenversicherung/gesetzliche-rentenversicherung.html> und https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2022/12/PD22_511_124.html
- 2 Vgl. <https://www.dihk.de/de/themen-und-positionen/internationales/auslandsinvestitionen-motiv-der-kostenersparnis-steigt-erneut--114822>
- 3 Vgl. <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/250103/umfrage/personen-mit-privater-altersvorsorge/>
- 4 Vgl. https://www.dai.de/fileadmin/user_upload/DAL_23049_Aktionaerszahlen_240109_300dpi.pdf
- 5 Vgl. <https://www.iwd.de/artikel/wohneigentumsquoten-in-europa-612730/>
- 6 Vgl. <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/597304/umfrage/immobilienpreise-alle-baujahre-in-deutschland/>
- 7 Alle Angaben und Schätzungen stellen weder eine Anlageberatung noch eine Kaufempfehlung dar, sondern sollen einen Beitrag zur Diskussion leisten.